Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) für Deutschland und Oesterreich monatlich 1 Mark, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.
für Inserate von auswärts 30 Pf.
Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme: **Augustusplatz 8,** bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Telephon VI, Nr. 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 510. **Sonnabend** 13. Oktober 1906. **100. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Herzog von Cumberland wendet sich in einem Schreiben an das braunschweigische Staatsministerium gegen die ablehnenden Antworten des Kaisers und des Reichskanzlers. (S. d. bes. Art.)

* Im Landtag von Sachsen-Weimar wurde entgegen dem Wunsche der Regierung der Antrag auf abermalige Verhandlungen mit Reuß in Sachen der Gerichtsgemeinschaft angenommen. (S. Dtschs. R.)

* Der französische Ministerrat hat beschlossen, das Parlament zum 25. Oktober einzuberufen.

* Handelsminister Koffuth hat Gesetze über die Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter eingebracht, welchen Vorlagen über Alters- und Invaliditätsversicherung folgen werden. — Ministerpräsident Wekerle erhofft zuversichtlich eine baldige Verständigung über die Ausgleichsfragen. (S. Ausl.)

* Der Friede im Pariser Bäckergewerbe ist durch Einführung der Schichtarbeit hergestellt. Am nächsten Montag wird wieder gebacken. (S. Ausl.)

* Der Stadtrat von Moskau beschloß, eine etwaige Einladung zum Empfang der englischen Deputation als beleidigend für das Nationalgefühl abzulehnen. (S. Letzte Dep.)

* Kobl hat gestern bei Prösen einen Automobilunfall erlitten, ist jedoch nur leicht verletzt worden. (S. Letzte Dep.)

Seine Majestät lassen danken.

Jena und Bismarck! Die Historie ist wieder lebendig geworden und mit ihr die große, deutsche Sorge der nachbismärckischen Zeit: Verstehen Kaiser und Volk einander? Wir fürchten, es steht schlecht um dieses Verständnis. Um so schlechter, als nicht Augenblicksgesinnungen oder Differenzen um Tagesfragen die Schuld tragen, sondern die Verschiedenheiten der Wesensart. Den Katholikentagen persönlich „Seinen wärmsten Dank" auszusprechen, ist dem Kaiser schon fast zur Gewohnheit geworden. Den Nationalliberalen läßt Wilhelm II. durch den vertretenden Herrn v. Eisenhart-Rothe bestens danken. Und dem in Graudenz versammelten Evangelischen Bunde teilt Herr v. Lucanus auf allerhöchsten Befehl mit, daß Seine Majestät bestens danken lassen. Es wäre falsch, diese Abstufungen achselzuckend nach der üblichen Schätzung höfischer Formeln zu bewerten. Sie sind als Kundgebungen des Herrschers politische Dokumente. Sie sind aber noch mehr, nämlich Symptome. Und erst das gibt uns das Recht, sie so ernst zu nehmen.

Es gibt keine betrübendere, aber auch keine belehrendere Legende als die weit verbreitete Meinung, der Katholizismus lasse nicht von der Hoffnung, den deutschen Kaiser eines Tages im Schoße der alleinseligmachenden Kirche zu sehen. Des Kaisers innerstes Fühlen ist uns verschlossen. Wir müssen uns an die Geschehnisse halten. Und wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, der kann es nicht leugnen, daß des Kaisers Handlungen auf katholisierende Neigungen schließen lassen. Gewiß erinnern wir uns des temperamentvollen kaiserlichen Bekenntnisses auf der Wartburg zum evangelischen Glauben. Aber wir sehen auch die ständige Bevorzugung des katholischen Klerus vor dem evangelischen durch den Kaiser, wir sehen seine Vorliebe für Klöster und ihre Insassen, wir sehen des Kaisers Bestrebungen zur Wiederbelebung mittelalterlicher Ideale und wir müssen zu der Auffassung kommen, daß hier Wesensverwandtschaft mit dem Katholizismus herrscht. Möglich, daß dabei auch Utilitätserwägungen unterlaufen, daß der Kaiser meint, mit Hilfe mittelalterlicher und katholischer Ideale seine eigenen romantischen verwirklichen zu können. Aber diese eigenen kaiserlichen Ideen ähneln vielfach der katholischen. Proklamierung des Gottesgnadentums, Verbannung der Schwarzseher, Kreuzzug und Klösterfreundschaft — wo anders finden sie in unserer Zeit ihre Pendants als in der Mystik des katholischen Glaubens? Auch die Freude am Pomp ist spezifisch katholisch. Der Protestantismus ist dagegen nüchtern und schlicht. Und wo er diese Attribute nicht hat, da ist er auf falschem Wege und verleugnet die beste Tradition seiner Gründung. Protestant sein heißt kritisch sein. Und Schwarzseher sind doch verbannt: . . .

Erst vor wenigen Tagen haben wir aus dem Munde eines Nationalliberalen in Goslar entschuldigend hören müssen, daß in diesen Zeiten der liberalen Schwäche das Paktieren mit dem Zentrum für die Regierung des Reiches eine praktische Notwendigkeit ist. Wir meinen zwar nicht, daß ein Staatsmann herrschende Machtverhältnisse als Fügungen anzusehen und sie in Ergebung zu tragen berufen ist. Aber wir erkennen unter den gegenwärtig herrschenden Umständen die Notwendigkeit einer Verständigung mit der herrschenden regierenden Partei an. Auch ist füglich nicht zu verlangen, daß den Zentrumsgewaltigen diese Zwangslage tagsüber dreimal vorgehalten wird. Aber das in seiner Mehrheit noch immer evangelische Deutschland muß doch alle Orientierung verlieren, wenn es sieht, wie munter das ganze offizielle Reich sich im Schatten des Zentrumssturmes fühlt und gebärdet. Auch hierfür sind der Schwarze Adlerorden des Breslauer Fürstbischofs von Kopp und die lakonische Antwort an den Evangelischen Bund beträchtliche Symptome.

Bei einer parlamentarischen Besprechung dieser Erscheinungen würde wohl wieder das Unzulängliche bestaunter Ereignis werden, daß ein Funktionär des Reiches jede gewünschte Verantwortung übernimmt, zugleich aber unter Negligierung aller anderen Interessen die absolute Bewegungsfreiheit des Monarchen als höchstes Gesetz verkündet. Mit solchen Sprüchlein, auch wenn sie zur Abwechslung einmal in rhetorischer Verfeinerung vorgetragen werden, ist aber der Sache nicht gedient. Denn es muß doch allmählich auch den amtlich aufs Roseroie Verpflichteten zum Bewußtsein kommen, daß hier wertvolle nationale Güter des Vertrauens und der Neigung gefährdet sind. Das evangelische deutsche Volk hat sich in diesen Jahren kein schlechtes Zeugnis über seine Zuverlässigkeit ausgestellt. Es hat immer wieder versucht, sich zu orientieren und dem Kaiser volles Verständnis entgegen zu bringen. Aber unerschöpflich ist nichts auf der irdischen Welt. Und wenn auch die Treue nicht leidet, so leidet doch die Freudigkeit. Es könnte die Auffassung Boden gewinnen, der Dank durch Mittelspersonen lasse auf geringe persönliche Teilnahme schließen oder werde gar nur aus dem hohen Pflichtgefühl des Herrschers heraus noch formell ausgedrückt. Von solcher Auffassung bis zur bescheidenen Einstellung der Huldigung selbst wäre nicht mehr weit. Und das hielten wir für ein Unglück. Deshalb meinen wir, daß Parität in der Behandlung der Konfessionen nichts schaden könnte.

Des Cumberländers Antwort.

(Telegramm unseres Braunschweiger Korrespondenten.)

Braunschweig, 12. Oktober.

Der Herzog von Cumberland hat dem hiesigen Staatsministerium ebenfalls von dem Briefwechsel Mitteilung gemacht, den er mit dem Kaiser und dem Reichskanzler geführt hat, und diese Mitteilungen mit einem Begleitschreiben versehen, das folgendermaßen lautet:

Die von der Landesversammlung des Herzogtums am 25. vorigen Monats zu neuer Regelung der Regierungsverhältnisse einstimmig gefaßte Resolution habe ich, weil sie für das legitime Recht eintritt, als deutscher Fürst mit warmer Freude begrüßt. Die Resolution hat mich veranlaßt, sowohl an Seine Majestät den deutschen Kaiser als auch an Seine Durchlaucht den deutschen Reichskanzler und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Fürsten Bülow das abschriftliche Begleitschreiben am 2. dieses Monats zu richten. Darauf habe ich gleichfalls das in Abschrift einliegende Antwortschreiben vom 5. bezw. 7. dieses Monats erhalten. Nach meiner besten Ueberzeugung habe ich durch mein Schreiben an Seine Majestät den deutschen Kaiser das weitgehendste Entgegenkommen bewiesen. Zu meinem lebhaften Bedauern aber haben Seine Kaiserliche und Königliche Majestät allerhöchst sich außerstande erklärt, der seinem allergnädigsten Wohlwollen von mir empfohlenen Bitte näher zu treten, auch haben Seine Durchlaucht der Reichskanzler und Minister des Auswärtigen die von mir erbetene Unterstützung meines Seiner Majestät unterbreiteten Vorschlages nicht zusagen können. Die für die Ablehnung meines Vorschlages angeführten Gründe vermag ich in keiner Richtung anzuerkennen; denn durch die von mir vorgeschlagene Neuregelung der Regierungsverhältnisse im Herzogtum wird meines Erachtens die Sach- und Rechtslage wesentlich verändert. Und ganz unerfindlich ist mir, inwiefern die Regierungsübernahme meines jüngsten Sohnes im Herzogtum Braunschweig die Interessen des mächtigen Deutschen Reiches sollte gefährden können. Ich beschränke mich hier, nur darauf hinzuweisen, daß der Bundesratsbeschluß vom 2. Juli 1885, wie schon der Wortlaut ergibt, nur gegen mich, nicht auch gegen die Mitglieder meines Braunschweig-Lüneburgischen Hauses sich richtet.

An vorstehende Mitteilungen, welche das Land Braunschweig und besonders die Landesversammlung über den im Sinn der Resolution vom 25. vorigen Monats von mir unternommenen Ausgleichsversuch und über dessen Zurückweisung aufklären sollen, knüpfe ich das hiermit an das Herzogliche Staatsministerium gerichtete Ersuchen, dieses, mein Schreiben, mit den Einlagen, ohne Verzug, wie es mit den an das Herzogliche Staatsministerium gerichteten Noten des deutschen Reichskanzlers und des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten am 3. dieses Monats geschehen ist, durch die amtlichen „Braunschweiger Anzeigen" zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, und, woraus ich ein ganz besonderes Gewicht lege, der Landesversammlung vorzulegen, deren erneute Tagung bevorsteht.

gez. Ernst August
Herzog zu Braunschweig und Lüneburg.

Das W. T. B. gibt ebenfalls den Wortlaut des Schreibens wieder, nur daß in ihm — charakteristischer Weise — die Unterschrift lautet: gez. Ernst August, Herzog zu Cumberland.

Dieses Schreiben des Herzogs von Cumberland kann den schon gegen seinen Brief an den Kaiser erhobenen Vorwurf nur bekräftigen, daß er immer wieder den Punkt umgeht, auf den es ankommt, seine und seines Hauses Stellung zu Hannover. Die welfische Hartnäckigkeit in dem Festhalten an die seit dem Frieden von 1866 nicht mehr bestehenden Ansprüche auf den Thron von Hannover wirkt bei ihm immer noch so stark, daß er sich eben nicht zu einer bündigen Entsagung entschließen kann. So lange er aber diesen Entschluß nicht faßt, kommt er um die Gesichtspunkte nicht herum, die mit vollem Recht zu dem Bundesratsbeschluß vom 2. Juli 1885 geführt haben und die Streitfrage darüber, ob sich dieser Beschluß nur auf den Herzog oder auch auf die Mitglieder seines Hauses bezogen hat und noch bezieht, ist demgegenüber um so nebensächlicher, als ja der Herzog in seinem Vorschlag, den er dem Kaiser unterbreitete, sich selbst die Thronfolge in Braunschweig reservieren wollte, wofern die Linie seines — noch gar nicht einmal verheirateten — Sohnes aussterbe. Diese neueste Erklärung des Herzogs, mit der er vor den Braunschweiger Landtag treten will, ist darum in keiner Weise geeignet, die Erklärungen des Kaisers und Reichskanzlers irgendwie abzuschwächen.

Leipzig vor 100 Jahren.

* Am 13. Oktober 1806, also heute vor 100 Jahren, erdröhnte mitten in der Nacht das Leipziger Pflaster unter Rossehufen: ein Trupp von 20 französischen Chasseurs sprengte nachts 2 Uhr zum Petersstore herein und dann die Petersstraße hinauf zum Rathaus. Dort sollen die fremden Gäste eine Geldkontribution verlangt und sollen auch 500 Louisdors erhalten haben. Von dem ganzen Vorgange dürften Leipzigs Bewohner nicht viel gemerkt haben, denn noch vor Tagesgrauen, um 5 Uhr morgens, entfernten sich die Chasseurs unter Mitnahme einiger Beutepferde.

Die Chasseurs waren ohne Zweifel zum Zwecke der Rekognoszierung nach Leipzig gekommen. Sie sollten erkunden, ob hier oder in der Umgebung irgend eine Truppenmacht von Belang stand, die im Stande gewesen wäre, das Korps des Marschalls Davoust bei seinen Operationen gegen die Preußen (und die mit ihnen vereinigten Sachsen) im Rücken zu belästigen. Davoust hatte nämlich am Tage vorher Naumburg besetzt und damit der preußischen Hauptarmee den direkten Weg nach Berlin verlegt. So fochten denn bei Auerstädt, wie auch bei Jena die Preußen und Sachsen mit der Front gegen Osten, also gegen die Staaten, die sie verteidigen wollten. Selbst ein Sieg hätte ihnen nur die Rückzugsstraße geöffnet.

So viel kurz über die allgemeine Lage. Noch am selben Tage, den 13. Oktober, rückte nachmittags 3 Uhr ein französisches Dragoner- und Husarenregiment von etwa 300 Mann in Leipzig ein. Sie kamen zum Ranstädter Tor herein, ritten mit gezogenen Säbeln mitten durch das Gewühl der Messe und lagerten vor dem äußeren Petersstore, wo ihnen Erfrischungen und Fourage gereicht wurden. Mit Sonnenuntergang marschierten sie um die Stadt herum und zogen dann auf demselben Wege wieder ab, auf dem sie gekommen waren.

Werfen wir nun einen Blick auf das damalige Leipzig. Die Zahl der Einwohner betrug nach der Zählung von 1806 insgesamt 32 761. Hiervon entfielen auf die innere Stadt rund 19 200, sowie 13 450 auf die Vorstädte. Wie man hieraus ersieht, hatten die letzteren schon einige Ausdehnung gewonnen, doch brauchte man von den Toren der inneren Stadt aus nicht weit zu gehen, um sich schon im Freien zu befinden. Die jetzt mit Leipzig vereinigten Vororte, also die Dörfer der nächsten Umgebung, hatten im höchsten Falle zusammen 8000 Bewohner. Auf der Fläche, die jetzt mehr als 500 000 Menschen Raum gewährt, wohnten damals höchstens 40 000. Die Leipziger Garnison bestand aus dem ersten Bataillon des Infanterie-Regiments Bevilaqua in einer Stärke von 988 Mann. Es war natürlich damals ins Feld gerückt; erst am 19. Juni 1808 kehrte das Bataillon, aus Polen kommend, wieder in seine Garnison zurück.

Wie schon bemerkt, erfolgte der Einmarsch der ersten Franzosen gerade während der Meßzeit. Die dritte Meßwoche hatte am 13. Oktober, einem Montag, eben begonnen. Der Rat richtete nun sein erstes Augenmerk darauf, das Meßgeschäft zu einer glatten Abwickelung zu bringen. Er richtete in einer Bekanntmachung an die fremden Kaufleute das Ersuchen, in Ansehen der am herannahenden Zahltage zu leistenden Verbindlichkeiten das Ende der Messe ruhig abzuwarten; ja, er verbot sogar das Abreisen fremder Kaufleute und bemerkte, „daß zu deren Verhinderung die erforderlichen Maßnahmen getroffen worden seien." In einer anderen Bekanntmachung drohte der Rat denen Strafe an, die bei einem etwaigen Einzuge fremder Militärs unruhige Auftritte veranlaßten; auch empfahl er eine „bescheidene und gutmütige Aufnahme" des fremden Militärs, „zu eigener Erleichterung". Wie man sieht, unterschieden sich diese Bekanntmachungen im Tone nicht von jener berühmt gewordenen Berliner, in der es hieß: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!

Am folgenden Tage, den 14. Oktober, dem Tage der Doppelschlacht von Jena und Auerstädt, ließen sich weder Freund noch Feind in Leipzig sehen. Am 15. Oktober in der Nacht rückten einige Infanteriebataillone des bei Halle gebildeten preußischen Reservekorps in Leipzig ein, besetzten das Petersstor mit zwei Kanonen, marschierten aber schon am 16. Oktober durch die Gerberstraße wieder eilends nach Halle ab. Die Richtung des Abmarsches konnte der Leipziger Bevölkerung keinen Zweifel darüber lassen, daß es sich hierbei um einen Rückzug handelte.

Für Leipzig würden nun voraussichtlich schwere Tage gekommen sein, wenn es nicht von vornherein in Napoleons Absicht gelegen hätte, den Kurfürsten von Sachsen auf seine Seite herüberzuziehen. Schon am 15. Oktober hatte er 121 in der Schlacht bei Jena gefangene sächsische Offiziere auf Ehrenwort entlassen, und am 17. Oktober traf in Dresden der Kurier Napoleons mit freundschaftlichen Versicherungen und dem Angebot der Neutralität ein. Aus dieser anfänglichen Neutralität ist dann auf Grund der Artikel des Posener Friedens vom 11. Dezember 1806, ein Bündnis mit Frankreich geworden, und Sachsen, ursprünglich der Verbündete Preußens, verpflichtete sich, noch in demselben Feldzug 1500 Mann Kavallerie, 4200 Mann Infanterie, 300 Mann Artillerie und 12 Kanonen an der Seite der Franzosen ins Feld rücken zu lassen. Daß der Kurfürst unter dem härtesten Zwange handelte, ist das einzige, was sich zur Erklärung dieser Haltung sagen läßt.

Sonnabend den 18. Oktober, nachmittags 2 Uhr rückten die Franzosen in Leipzig ein. Es waren die Sieger von Auerstädt unter Führung des Marschalls Davoust, kampfgewohnte Soldaten, von denen mancher die Pyramiden Aegyptens geschaut haben mochte. Dieser Einzug ist sehr ausführlich beschrieben worden (bei Poppe u. a.). Die Franzosen kamen zum Ranstädter Tor herein, marschierten in dichten Kolonnen durch den Brühl und die Hainstraße auf den Markt, wo 20 Geschütze aufgefahren wurden. Am Rathause war der gesamte Stadtrat versammelt, um — notgedrungenerweise — die fremden Gäste zu empfangen. Marschall Davoust stieg im Hotel de Prusse ab. Offiziere wie Soldaten trugen ihre Bagage auf dem Rücken; Fleisch, Brote, Semmeln und Würste hatten sie, an Bindfaden gereiht, entweder an der Säbelkoppel befestigt, oder gar an Bajonetten aufgespießt. So ist es zu lesen und auch auf gleichzeitigen Abbildungen zu sehen.

Am Abend war die ganze Davoustsche Armee, etwa 42 000 Mann, in Leipzig versammelt. Nur ein geringer Teil wurde bei den Bürgern einquartiert. Die übrigen biwakierten meistenteils im Freien oder in den umliegenden Dörfern. Schon am Tage darauf erfolgte der Abmarsch — in der Richtung nach Berlin zu. Davoust setzte den General Pierre Macon als „Kommandanten der Stadt Leipzig und des Kreises" ein. Die Besatzung bildete das 13. Regiment leichter Infanterie (800 Grenadiere und Jäger zu Fuß).

Daß Mannszucht von den Franzosen gehalten wurde, ist außer Zweifel. Den Behörden wurde streng verboten, irgend einen französischen „Individuo", von welchem Range es sei, ohne Anordnung oder ausdrückliche Ordre des Kommandanten der Stadt irgend etwas darzureichen. Ebenso durften die einquartierten Soldaten nicht mehr fordern, als ihnen nach dem Beköstigungsreglement zukam. Anders stand es natürlich mit der Kriegskontribution. Hierauf verstanden sich die napoleonischen Intendanten vorzüglich. Man verlangte von Leipzig 36 000 Meter Offizierstuch, 300 000 Meter gewöhnliches Tuch, 150 000 Paar Schuhe und nicht zuletzt ein gehöriges Stück Geld, ursprünglich nicht weniger als fünfzig Millionen Francs. Vorläufig schossen, um alles zu decken, die Wechselhäuser und Fabrikanten die Summe von 1½ Millionen Taler vor!

Das Hauptaugenmerk der Franzosen richtete sich auf die englischen Waren. Was sie davon in die Hände bekommen konnten, beschlagnahmten sie und konnten sie die Ware nicht verwenden, so wurde sie vernichtet. Ein formelles Recht stand den Franzosen insofern zur Seite, als sich Frankreich im Kriegszustande mit England befand. Im übrigen würde Napoleon nach diesem, „formellen Recht" nicht viel gefragt haben.

Der menschenfreundliche Kommandant Macon starb schon am 27. Oktober. Er wurde am 29. mit großem Pomp begraben, und zwar unter Assistenz der katholischen Geistlichkeit. Die Beisetzung erfolgte in der Ratsgruft, wo seine Gebeine noch heute ruhen. Auch das ihm innerhalb des Gebäudes errichtete Denkmal steht noch. Als Kommandant Leipzigs folgte ihm der General Reys, später der Oberst Collet, dann Oberst Dupuy. Im großen ganzen richteten sich die Franzosen ziemlich häuslich hier ein. Schon erwähnt ist, daß die sächsische Garnison erst im Sommer 1808 in Leipzig wieder eintraf. Die französischen Postanstalten bestanden sogar bis zum Januar 1809! Die Ansprüche der Franzosen waren auch keine geringen. Aber schließlich kam man mit ihnen auseinander. Nach dem mit dem General-Administrator Villemanzy am 11. April 1807 vollzogenem Vergleichsakte stellte sich die Kriegsschuld Leipzigs auf 2¾ Millionen Taler. Die Deckung wurde durch Anleihe bewirkt.

So stand es um Leipzig vor 100 Jahren. Schwerere Zeiten kamen noch genau 7 Jahre später. Aber diese Opfer wurden der Befreiung Deutschlands gebracht. Auf Leipzigs Feldern erfolgte Deutschlands Wiedergeburt, wurde der Grund gelegt zum Reich, das jetzt stark ist, wie nie zuvor, und dessen Macht uns schützen wird vor der Wiederkehr solcher Tage, wie sie das Jahr 1806 gesehen hat.

Der Goslarer Parteitag und die Presse.

Nachdem zuguterletzt die stark divergierenden Strömungen innerhalb der nationalliberalen Partei sich in Goslar doch noch auf eine gemeinsame Plattform gestellt haben, halten wir es nicht für unsere Aufgabe, nachträglich neue Keime der Zwietracht zu säen oder auch nur wegen mancher harten und unperechten Worte übellaunig zu sein. Wir vermeiden es deshalb im folgenden absichtlich, einzelne Redner, die über das Thema Presse etwas zu sagen hatten, namentlich anzuführen, verzichten sogar darauf, mit Goslarer Zitaten zu kommen. Aber ganz schweigen können wir nicht. Das sähe aus, als stimmten wir beschämt den nicht immer zarten Rügen zu, die sich die Presse in Goslar gefallen lassen mußte. Und diesen Anschein zu vermeiden, halten wir für Pflicht.

Also zunächst die Bekundung einer Tatsache: In den Goslarer Debatten ist der Presse nur gedacht worden, um ihr etwas am Zeuge zu flicken. Entweder hatte sie, ebenso wie die opponierenden Linken und Jungen, zu wenig Disziplin im Leibe und kritisierte zu viel, oder sie wurde gar direkt beschuldigt, zu Mißerfolgen bei Wahlen beigetragen zu haben. Zur Erklärung dieser Erscheinung muß hinzugesetzt werden, daß die Angriffe sämtlich vom Fraktionstische oder doch von Rednern kamen, die zur Rechtfertigung der Fraktionspolitik sprachen. Das läßt schon einen tieferen Blick tun, und die Lösung ist sehr einfach: Die national und liberal gerichtete Presse hat zum überwiegenden Teil von Anfang an auf seiten der Opponenten gestanden. Und selbst die Blätter, die infolge persönlicher Beziehungen oder Tradition der Fraktionspolitik das Wort geredet haben, konnten sich nicht immer dem Chorus der Nichtzufriedenen fernhalten und haben wenigstens in Einzelheiten die Berechtigung der Kritik anerkannt. Auf die Gründe wollen wir nicht eingehen, wir wollen sogar gern anerkennen, daß dieser Zustand durchaus nicht erfreulich war. Aber mußte in Goslar so ganz einseitig und ohne ein Wort der Anerkennung die „böse Presse" abgetan werden? Wir müssen gestehen, bei Politikern mehr Tatsachensinn und weniger Subjektivität vorausgesetzt zu haben, als die Presse zum Beispiel bei kritisierten Künstlern zu finden gewohnt ist. Und was uns an dem ganzen Verhältnis zwischen Parteileitung und Presse so besonders auffällig dünkt, das ist die hierbei offenbarte irrige Auffassung vom Wesen der Presse und die Annahme von einer Art Subordinationsverhältnis, in dem die „gute" Presse zur Parteileitung zu stehen habe. Es ist der ganz unmoderne Glaube, eine Presse könne, wenn sie nur wolle, jede Politik mitmachen. Das aber kann eine ernsthafte politische Presse eben nicht. Ein Blatt, das unbesehen jede Schwenkung, jede taktische Operation mitmacht, verliert auf die Dauer jeden Kredit. Und auch das wird verkannt, daß mit der Zustimmung eines solchen Organs der Partei absolut nicht gedient ist. Es ist das nur die Wiederholung derselben Erfahrung, die manche Behörden mit dem Offiziösentum machen müssen. Wir legen auf die Nutzanwendung aus diesen Sätzen, die unter Fachleuten kaum Widerspruch finden werden, einigen Wert: Nicht das Blatt dient seiner Partei am besten, das alles lobt und darüber den Einfluß auf seine eigenen Leser verliert, sondern ein Organ, das gegebenenfalls auch einmal Front machen kann. Wir setzen dabei voraus, daß Anläße hierzu nicht vom Zaune gebrochen werden, sondern daß ihnen ein gewisses Gewicht innewohnen muß. Aber im allgemeinen kann man der Presse die Anerkennung nicht versagen, daß sie gerade für die Abschätzung solcher Anläße ein sicheres Gefühl hat. Ferner soll ein naheliegendes Gebiet persönlicher Natur nur gestreift und gesagt